

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No.251

26. Dez. 2001

8. Jahrgang

Das Recht, ein Leben in Würde zu führen

Gonzalo de Villa ist Jesuit, Rektor der Universität Rafael Landívar und schreibt als Kolumnist in verschiedenen Tageszeitungen. Er hat sich schon immer für den Dialog eingesetzt, war Mitglied der *Versammlung der Zivilgesellschaft* (ASC) und ist heute Mitinitiator des *Foro Guatemala*. Das folgende Interview ist in *Crónicas de Minugua* vom 15. November 2001 erschienen.

"Jede Person hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Massnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich ist."
(Art. 22 der UNO-Menschenrechte)

Frage: Was bedeutet für Sie, ein Leben in Würde zu führen?

Gonzalo de Villa: Es bedeutet, reale Möglichkeiten und Chancen zu haben, gewisse Grundbedürfnisse befriedigen zu können. Diese Frage kann aber nicht in jedem Teil der Erde gleich beantwortet werden. Wenn das Pro-Kopf-Einkommen 3000 US-\$ beträgt, fällt die Antwort anders aus, als wenn es 500 US-\$ beträgt. Ein Leben in Würde zu führen heisst, ein Minimum an Spielraum haben, Zugang zu Gütern zu haben und ein Leben führen zu können, in dem man weiss, worauf man sich stützen kann. Insofern hat ein würdevolles Leben etwas mit der Kultur zu tun, in der jemand lebt und von der jemand geprägt wird.

Frage: Was verstehen Sie unter 'Grundbedürfnissen'?

G.V.: Man kann das auf zwei Arten definieren, entweder man berücksichtigt die vorhandenen Mittel oder man berücksichtigt sie nicht.

Einmal unabhängig von den vorhandenen Mittel würde ich sagen, zu den Grundbedürfnissen gehört z.B. eine Wohnung mit einem Minimum an sanitären Einrichtungen, die Schutz und Intimität bietet. Dazu gehören weiter der Zugang zu medizinischer Versorgung und einer Sozialversicherung, eine ausgewogene Ernährung und eine Bildung, die einem gewisse Fähigkeiten lehrt. Dazu gehört auch die Möglichkeit, eine Familie zu gründen, die in einer respektvollen Umgebung lebt.

Diese Definition klammert die vorhandenen Mittel aus und ist deshalb etwas theoretisch. Wollen wir realistisch sein, müssen wir sofort darüber sprechen, in welchem Land wir leben, welche realen Möglichkeiten wir haben, in welchen Traditionen wir leben und welche gangbaren, kurzfristigen Veränderungen möglich sind, um eine bessere Zukunft aufzubauen.

Und da wird es auch gleich sehr kompliziert: In unserem Land existieren die unterschiedlichsten Vorstellungen davon, was ein würdevolles Leben ist, je nach dem, welcher Kultur, Ethnie oder Generation jemand angehört.

Frage: Könnte man ganz allgemein sagen, die GuatemaltekinInnen führen ein Leben in Würde?

G.V.: Gemäss den Standards der Vereinten Nationen, nein. Aber natürlich definiert jedes Individuum seinen Standard entsprechend dem Kontext, in dem es lebt. Ich glaube, viele Menschen definieren das 'unwürdige' an ihren Lebensbedingungen anhand der Entbehrungen, Möglichkeiten, Gütern und Sicherheit, die sie haben oder eben nicht haben. Aber es gibt natürlich auch unterschiedliche Parameter: Personen über 50 Jahre geben ein optimistischeres Urteil ab als ein Teenager, der oder die von der Werbung beeinflusst ist und jeden Tag mit Frustration feststellen muss, was möglich wäre und was möglich ist.

Frage: Wenn wir vom Standard der Vereinten Nationen ausgehen, woran mangelt es der guatemaltekischen Gesellschaft, um von einem würdevollen Leben sprechen zu können?

G.V.: An vielem. Die meisten Familien leben unter Bedingungen, die den internationalen Standards nicht entsprechen. Ein Grossteil der Bevölkerung hat keinen Zugang zu Bildung und ein noch grösserer hat zwar Zugang zu Bildung, doch ist diese sehr schlecht. Bezüglich der Gesundheitsversorgung gibt es viele Personen, die in einem Notfall oder bei einer schweren Erkrankung keinen Arzt oder Ärztin in erreichbarer Nähe haben. Dieser Mangel trifft mehr die indigene Bevölkerung als die Ladin@s und ist auf dem Land ausgeprägter als in den Städten.

Wer und wie soll sich Ihrer Meinung nach darum kümmern, dass sich diese Verhältnisse ändern?

G.V.: Man könnte sich z.B. einen Staat vorzustellen, in dem es keine Korruption gibt, der effizient arbeitet. Ein Staat, den man mit den notwendigen Ressourcen ausstattet, damit er gewisse Verantwortung übernimmt und so zur

zentralen Figur wird innerhalb eines Projekts, das einer Mehrheit der Bevölkerung ein Minimum an Wohlstand garantiert. Das Problem ist, dass es in Guatemala diesen Staat nicht gibt, dass es ihn nicht nur nicht gibt, sondern dass er viele Risse in seinem Fundament hat. Entsprechend reagiert er wie der Organismus einer unterernährten Person, wenn man ihm plötzlich viel Nahrung gibt. Er bricht zusammen.

In anderen Gesellschaften, die eine gewisse Reife und ein gewisses ökonomisches Niveau erreicht haben, kann der Staat sehr wohl diese Verantwortung wahrnehmen. Wir jedoch müssen uns zuerst eine Staatsform ausdenken und uns überlegen, wie wir diese erreichen, bevor wir einfach sagen, der Staat soll dieses oder jenes übernehmen.

Eines der grossen Dramen, unter dem Guatemala und vergleichbare Länder leiden, ist, dass die Traditionen verloren gehen, die geholfen haben, das eigene Leben in einen Kontext zu stellen. Vor einigen Generationen gab es genau so viel Armut und die indigenen Dörfer war noch viel abgeschiedener als heute, doch es gab eine soziale Struktur innerhalb der Gemeinschaften, die ein würdevolles Leben möglich machten. Die Gemeinschaft gab den Kindern ein Gefühl von Zugehörigkeit, von Identität und Kosmvision, von Sicherheit. Dies half ihnen beim Aufbau des Selbstwertgefühls, gab ihnen das Gefühl, Teil eines Ganzen zu sein und vermittelte ihnen ein Gefühl von Würde, auch wenn vieles entbehrt werden musste.

Vor Jahren habe ich einen Artikel gelesen, in dem der Grad der Schulbildung zwischen Kindern aus San Marcos und schwarzen Kindern aus Harlem verglichen wurde. Auf materieller Ebene ging es den schwarzen Kindern dreissig mal besser. Doch war das Leben der Kinder in San Marcos viel würdevoller als dasjenige der Kinder in Harlem, da es weniger von Gewalt und Ungerechtigkeit geprägt war.

Wenn Sie auf die letzten fünfzig Jahre zurückblicken: Hat die Lebensqualität der GuatemalteInnen zu- oder abgenommen?

G.V.: Ich könnte Ihnen die eine oder die andere Behauptung beweisen oder widerlegen. Will ich die These verteidigen, dass die Situation heute besser ist als vor fünfzig Jahren, argumentiere ich folgendermassen:

Vor fünfzig Jahren war der Zugang zu Bildung mehr Menschen ver-

wehrt und das Thema Land war ein noch grösseres Tabu als heute. Das heisst, vor fünfzig Jahren besaßen noch weniger Menschen das Land, das sie bebauten und sie hatten noch weniger die Chance, zu einem Landtitel zu kommen. Vor fünfzig Jahren war die technologische Entwicklung sehr rückständig. Ich erinnere mich, dass mir in den 70er Jahren ein spanischer Jesuit nach einem Besuch in einem Dorf im Quiché sagte, er habe an diesem Ort nichts angetroffen, dass darauf hingewiesen hätte, dass wir im 20. Jahrhundert leben. Heute hat sich das geändert, ob zum Guten oder zum Schlechten, sei dahingestellt.

Vertrete ich die gegenteilige These, nämlich, dass es vor fünfzig Jahren besser war, argumentiere ich so:

Es gab zu dieser Zeit eine Reihe von Werten, an die sich die Leute heute zurückerinnern und nach denen sie sich sehnen: Sicherheit, Zugehörigkeit und der Stolz, in einem ruralen Land zu leben. Letzteres birgt auch einen gewissen Fatalismus in sich, gibt aber gleichzeitig ein Gefühl von Familienzugehörigkeit in einem grösseren Rahmen: Es gab Mechanismen sozialer Sicherheit die selbstverständlich funktionierten. Die sozialen Netze waren enger und tiefer und stützten die Gemeinschaft. Auf dem Lande gibt es viele ältere Menschen, die sagen, die heutige Jugend habe es viel einfacher als sie es damals hatten: Heute hätten sie Zugang zu Gütern, würdevollen Schuhen tragen (während sie noch barfuss gingen) und die Mädchen müssten den Mais nicht mehr mit dem Stein mahlen...

Was können die GuatemalteInnen machen, um ihre Lebensqualität zu verbessern?

G.V.: Wir brauchen eine Gesellschaft, in der alle dieselben Möglichkeiten haben und die auf Gerechtigkeit beruht. Das ist das Ziel Nummer eins, auf das wir hinarbeiten müssen. Wir sind ein Land mit enormer Ungleichheit, mit enormen Distanzen zwischen Arm und Reich, mit einer ungleichen Verteilung des Einkommens, mit einer ungleichen Verteilung des Landes... Das Problem ist, dass es schon immer so war und wir den Film nicht zurückdrehen und noch einmal von vorne und besser beginnen können. Dieser Film hat schlecht begonnen und läuft schon zu lange. Wir zwar können schauen, dass er ab heute besser ist, aber zurück können wir nicht.

Klar ist es nicht einfach, eine Umgebung zu schaffen, die es den Men-

schen ermöglicht, Mechanismen zu entwickeln, die zu mehr Gerechtigkeit führen. Dies wäre aber dringlich und notwendig und ich glaube, dass die Themen, die unsere Gesellschaft heute beschäftigen, wie zum Beispiel die Gewalt, das Ergebnis einer traurigen Geschichte sind, die wir weder ignorieren noch leugnen können. Gewisse Muster zu durchbrechen, wäre aber eine Art, diese Geschichte zu überwinden und Veränderungen herbeizuführen.

Was hat das alles mit dem Foro Guatemala zu tun, in dem Sie sich engagieren?

G.V.: Was das *Foro Guatemala* anstrebt, ist einen Dialog zu lancieren, an dem Sektoren teilnehmen, die traditionellerweise nie miteinander gesprochen haben, ein Dialog über gewisse Grundsatzfragen, die unser Land betreffen. Es ist sehr wichtig, dass wir einen Rahmen schaffen, in dem ein solcher Dialog möglich ist.

Es ist nicht so, dass wir uns nun zum Gespräch hinsetzten, weil es die grossartige Idee von Herrn Portillo ist... nein, ich glaube, innerhalb der Gesellschaft finden sehr viele Dialoge statt. Vielleicht bringen wir es zu einem Nationalen Dialog, vielleicht können wir den Raum schaffen, in dem ein paar grundsätzliche Abkommen getroffen werden. Aber es hat keinen Sinn, das ganze nur von seiner öffentlichkeitswirksamen Seite her zu betrachten.

Ich persönlich glaube immer noch daran, dass es möglich ist, die Bedingungen für einen Dialog zu schaffen. Das wichtige ist, Kommunikation zwischen Sektoren aufzubauen, die sonst nicht miteinander kommunizieren, auch zwischen der Regierung und Sektoren der Zivilgesellschaft. Dies ist ein Terrain, in dem es viel aufzubauen und zu gewinnen gibt, aber dazu müssen viele Hindernisse überwunden werden. Den Dialog zum vornherein auszuschliessen ist ein riskantes Unternehmen, ebenso, bedenkenlos in ihn zu vertrauen. Man muss vorsichtig vorgehen.

Die bisherige Geschichte Guatemalas beweist, dass, wenn sich die Türen des Dialogs schliessen, schlimme Zeiten folgen. Im Moment ist es uns viel wichtiger, keine Rückschritte zu erleiden, als voranzukommen. Wir sehen eine reale Gefahr, im Demokratisierungsprozess Rückschritte zu erleiden. Im Moment befinden wir uns eher in der Defensive als auf Angriffskurs.

Gemeinsam gegen die FRG

Guatemala, 8. Dez. Alvaro Colom, Generalsekretär der *Nationalen Union der Hoffnung* (UNE), präsentierte im Namen seiner Partei den übrigen Oppositionsparteien den Vorschlag, sich zu einer gemeinsamen 'Front' zusammenzuschliessen. Als Vehikel dazu soll laut Colom das *Foro Guatemala* dienen, dem gegenüber die meisten Parteien wohlgesinnt sind. Die Leitung dieser 'Front' sollen laut UNE die GeneralsekretärInnen der jeweiligen Oppositionsparteien und einE VertreterIn des *Foro Guatemala* bilden.

Die Idee, die hinter diesem Vorschlag steckt, ist eindeutig: Die FRG zu bremsen. Das Kräfteverhältnis innerhalb des Kongresses würde sich zwar nicht verändern, die FRG besetzt immer noch 63 Sitze, sämtliche Oppositionsparteien zusammen besetzen 50 Sitze. Somit wäre dieser Zusammenschluss vielmehr ein symbolischer Akt gemäss dem Slogan "Gemeinsam sind wir stark".

Die angefragten Parteien reagierten positiv auf den Vorschlag Coloms. Mario Vásquez, Vertreter der PAN, erklärte die Bereitschaft seiner Partei, bei einem solchen Projekt mitzumachen, um "den Ungerechtigkeiten und Irrtümern der Regierungspartei etwas entgegenzusetzen". Auch der Unionist Jorge Rolando Barrientos bezeichnete es als einen lohnenswerten Versuch, um gemeinsam mehr politisches Gewicht zu haben. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte man sich überlegen, mit einem solchen Zusammenschluss an den nächsten Wah-

len teilzunehmen, meinte Barrientos.

Nineth Montenegro von der ANN sprach Klartext: "Ein solches Projekt darf nichts konjunkturelles sein, sondern muss eine Zukunftsvision enthalten. Wir haben ein Monster vor uns, dem wir entgegenzutreten müssen".

Etwas zurückhaltender reagierten die VertreterInnen des *Foro Guatemala* auf den Vorschlag. Es sei noch nichts entschieden, meinte Renzo Rosal, doch sehe er es als schwierig, dass das Foro an dieser Oppositionsfront teilnehme. "Wir sind eine politische, keine parteipolitische Instanz. Als *Foro* können wir eine solche 'Front' moralisch und ideell unterstützen, aber das ist etwas anderes, als Mitglied zu sein", erklärte er.

Ein erstes Treffen zwischen den KoordinatorInnen des *Foro Guatemala* und Präsident Portillo, um über das weitere Vorgehen bezüglich des Nationalen Dialogs zu diskutieren, fand am 11. Dezember statt. Laut gemeinsamen Erklärungen ging es bei diesem Treffen in erster Linie darum, gewisse Missverständnisse zu klären, wie zum Beispiel die Abgabe unterschiedlicher Erklärungen in der Öffentlichkeit.

Dies scheint nicht gelungen zu sein, erklärte doch nach diesem Treffen Edgar Gutiérrez gegenüber der Presse, der Nationale Dialog beginne in der zweiten

Januarhälfte, während Efraín Medina vom *Foro* betonte, es sei noch kein Termin ausgemacht worden.

Ein erstes Kräftemessen lieferten sich die FRG und die Oppositionsparteien bereits. Bis Ende Jahr müssen vier Steuergesetze verabschiedet werden, und zwar mit einer Zweidrittelmehrheit, d.h. mit mindestens 75 Stimmen. Dies ist eine Bedingung des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der interamerikanischen Entwicklungsbank für die Gewährung eines Darlehens von 350 Mio. US-\$.

VertreterInnen der drei Finanzinstitutionen bemühten sich in den guatemalteckischen Kongress, um die OppositionspolitikerInnen von der Notwendigkeit der Annahme dieser Vorlagen zu überzeugen. Vergebens, die Abgeordneten der Opposition knüpften ihr Einverständnis an Bedingungen, die zu erfüllen die FRG ihrerseits nicht bereit war. (Antikorruptionsmassnahmen, Transparenz bei der Verwendung öffentlicher Gelder, etc.)

Die Annahme der vier Steuervorlagen ist nicht nur Bedingung für die Auszahlung dieser Finanzspritze, sondern auch Voraussetzung dafür, dass Guatemala von der Liste der "Nichtkooperierenden Länder bei der Bekämpfung von Geldwäscherei" gestrichen wird.

Budget 2002: Frauen benachteiligt

Guatemala, 12. Dez. Speziell auf die Bedürfnisse von Frauen ausgerichtete staatliche Programme erhalten nicht einmal 0,5% des jährlichen Haushaltsbudgets. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des UNO-Entwicklungsprogramms (PNUD) mit dem Titel "Die Kosten der humanitären Entwicklung 2001".

Zwar hätten im Jahr 2000 die staatlichen Institutionen auf Mädchen und Frauen ausgerichtete Programme durchgeführt. Doch sei die Frau in diesen Programmen exklusiv auf ihre Rolle als Mutter reduziert und ihren Aktionsraum auf die Familie und den Haushalt limitiert worden.

Die Projekte des Gesundheitsministeriums würden zwar unter dem Namen 'integrale Gesundheit der Frau' laufen, doch seien sie in erster Linie auf die Mutterschaft ausgerichtet und nicht auf die unterschiedlichen Gesundheitsrisiken, denen eine Frau im Laufe ihres Lebens begegnet, kritisiert die Studie.

Etwas ähnliches wird beobachtet bei den Bemühungen des Staates, die

Konvention über die Eliminierung jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen (CEDAW) zu verbreiten und umzusetzen. Die *Defensoría de la Mujer Indígena*, die sich für die Rechte der indigenen Frauen einsetzt, erhält z. B. nur 0,09% des Budgets für ausführende Sekretariate und Zweigstellen. Dies macht es der Institution fast unmöglich, ihren Auftrag zu erfüllen.

Zum Schluss verweist die PNUD-Studie darauf, dass in andern Ländern sogenannte "Genderbudgets" erstellt wurden, die genau untersuchen, welche öffentlichen Gelder wem zu Gute kommen. (Zum Beispiel profitieren mehrheitlich Männer vom Bau eines Fussballstadions oder einer Universität, sind sie es doch, die sich traditionellerweise an diesen Orten aufhalten.) Mit dem Blick auf Gender Veränderungen im Haushaltsbudget eines Landes durchzusetzen, setze politischen Willen der Behörden voraus, Transparenz und die Beteiligung von Frauen an diesen Prozessen, schliesst die Studie.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!

2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!

c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Dos Erres: Regierung bezahlt

Guatemala, 11. Dez. "Dies ist eine ethische Tat, ein Akt der Verpflichtung und der Verantwortung", sagte Präsident Portillo, als er am 10. Dezember, dem internationalen Menschenrechtstag, den Hinterbliebenen der Opfer des Massakers von Dos Erres, Petén, die Summe von insgesamt 14.5 Mio Quetzales (1.8 Mio US-\$) überreichte.

Diese Entschädigung ist Teil der 'gütlichen Einigung' zwischen der *Inter-amerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH), der in FAMDEGUA organisierten Hinterbliebenen der Opfer, dem *Zentrum für internationale Justiz* (CEJIL) und der *präsidialen Menschenrechtskommission* (COPREDEH). In dieser Vereinbarung verpflichtete sich die guatemaltekeische Regierung zu Wiedergutmachungshandlungen. Damit anerkannte der guatemaltekeische Staat zum ersten Mal in der Geschichte seine Verantwortung an den massiven Menschenrechtsverletzungen während des bewaffneten Konflikts.

Das Massaker in Dos Erres fand statt zwischen dem 6. und 8. Dezember 1982 statt, während der Militärregierung des heutigen Kongresspräsidenten Ríos Montt.

An der Übergabe der Entschädigungszahlung nahmen Regierungsangehörige, VertreterInnen internationaler

Organismen und die Familienangehörigen der Ermordeten teil. Unter den Anwesenden gab es keine uniformierten Militärs, selbst Verteidigungsminister Alvaro Méndez und sein Stab kamen in zivil.

Portillo bezeichnete in seiner pathetischen Rede den 10. Dezember als den Beginn einer neuen Menschenrechtspolitik in Guatemala. "Im Namen des guatemaltekeischen Staates bitte ich alle Opfer um Verzeihung", sagte er. "Um Verzeihung zu bitten, braucht Mut, und diesen Mut beziehe ich aus meiner Überzeugung, dass Irrtümer erkannt und eingestanden werden müssen. Erst dann kann man sie überwinden und aus ihnen lernen".

Die Familienangehörigen der Opfer insistierten, dass sie weiterhin Gerechtigkeit suchten. In einer kurzen und prägnanten Rede sagte Felcita Ramos, Überlebende des Massakers, dass Frieden und Versöhnung nur erreicht werden könnten, wenn die Justiz angewendet würde.

Die *Allianz gegen Straflosigkeit* (ACI) forderte am 11. Dezember die Gerichte auf, den Prozess gegen die sechzehn angeklagten Militärs im Fall Dos Erres zu beschleunigen. Die Regierung wurde aufgefordert, die anderen vier Punkte der 'gütlichen Einigung' umzu-

setzen. Dies sind: Gerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen, psychologische Betreuung der Überlebenden und Hinterbliebenen, die Errichtung eines Denkmals zu Ehren der Ermordeten und die Produktion und Verbreitung eines Videos, das über die Gräueltaten des guatemaltekeischen Militärs berichtet.

In seiner Kolumne in der Tageszeitung *Siglo XXI* schrieb Nery R. Villatoro Robledo, dass diese Wiedergutmachung nicht Teil einer globalen Versöhnungspolitik sei, die nebst finanziellen Zahlungen auch eine psychosoziale und juristische Komponente haben müsse. Im Gegenteil, die Empfehlungen der Wahrheitskommission blieben in der untersten Schublade versteckt. Im besten Fall würden pseudomässige Regierungsdekrete erlassen, wie z.B. dasjenige, mit dem die *Kommission für Frieden und Eintracht* geschaffen wurde, die bis heute nicht funktioniert.

Dina Fernández ging in der *Prensa Libre* noch weiter: "Spät zwar, aber immerhin, hat Präsident Portillo die Überlebenden des Massakers von Dos Erres entschädigt. Nun erwartet er, dass man ihm auf Knien für diese Geste dankt. Ausserdem wirkt es sehr unglaubwürdig, wenn Portillo um Verzeihung bittet und gleichzeitig das Innenministerium militarisiert".

Drohung gegen internationalen Begleiter

Guatemala, 12. Dez. Der als internationaler Begleiter im zur Finca *Las Quebradas* gehörenden Dorf *Los Cerritos* anwesende José Luis Vivó Barberá erhielt offene und direkte Drohungen. Vivó Barberá befindet sich auf der Finca, um den lokalen Präsidenten des Komitees für BäuerInnen-einheit (CUC), Tránsito Ramírez, zu begleiten, der seit Februar 2001 wiederholt Todesdrohungen erhielt.

Las Quebradas ist eine der drei besetzten Fincas im Departement Izabal. Der Besetzung vorausgegangen ist am 15. April 2001 die Ermordung von Sarbelio Ramos durch bezahlte Männer des Fincaverwalters. Rund 200 Familien halten nun das Land besetzt und üben damit Druck aus auf die für die Landfrage zuständigen staatlichen Behörden. Bei wiederholten Treffen mit CONTIERRA und der Departementsgouverneurin forderten sie den Verwalter der Finca auf, eine Besitzurkunde vorzulegen. Dies ist bisher nicht geschehen. Deshalb verlangen die im Verein für eine *integrale Entwicklung Los Cerritos*

zusammengeschlossenen BesetzerInnen von der Regierung, das Land als nationales Eigentum anzuerkennen und entsprechend den Friedensabkommen den darauf lebenden und arbeitenden BäuerInnen zu überschreiben. In ihrem Kampf werden sie vom CUC unterstützt.

Derweil werden die BesetzerInnen von bezahlten Männern des Fincaverwalters schikaniert. Diese bauten z.B. eine Schranke auf, die die BesetzerInnen jedesmal passieren müssen, um zu ihren Unterkünften zu kommen und die Tag und Nacht bewacht wird.

Am 27. September drangen erneut Männer des Verwalters in das besetzte Gebiet, begleitet diesmal von Angehörigen der zivilen Nationalpolizei (PNC). Diese sahen ohne einzugreifen zu, wie die *pistoleros* des Verwalters auf die BesetzerInnen schossen, wobei der Bauer Eugenio García ermordet wurde.

Am 6. Dezember, als José Luis Vivó Barberá zusammen mit einer andern internationalen Begleiterin und

weiteren zehn Personen auf der La-defläche eines Pick-Up mitfuhr, wurde er von einem ebenfalls mitfahrenden Untergebenen des Fincaverwalters darauf hingewiesen, dass seine Anwesenheit in *Los Cerritos* zu einem Problem geworden und nicht erwünscht sei. Vivó Barberá entgegnete, es täte ihm leid, zu stören, aber sein Aufenthalt würde sich noch etwas verlängern. Darauf antwortete ihm der Mann, eine lange Zeit könne sehr kurz sein, was als eine Todesdrohung zu interpretieren ist.

Die *Koordination der internationalen Begleitungen* (ACOGUATE) und das CUC rufen die nationale und internationale Öffentlichkeit auf, ein Augenmerk auf die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in Guatemala zu haben. Die Ereignisse in *Las Quebradas* und *Los Cerritos* zeigen die Wichtigkeit internationaler BegleiterInnen vor Ort, einerseits um eine Eskalation zu verhindern bzw. um vorkommende Menschenrechtsverletzungen publik zu machen, hiess es in einer Erklärung von ACOGUATE.

Jahresrückblicke 2001

Guatemala, 21. Dez. Das Jahresende naht, was viele PolitikerInnen und AnalytikerInnen dazu veranlasst, Bilanz zu ziehen, einen Jahresrückblick zu machen und eine Prognose für die Zukunft zu wagen. Wir zitieren im Folgenden Ausschnitte aus den Jahresrückblicken von IPES und CERIGUA sowie aus einer Bilanz der URNG über die Umsetzung der Friedensabkommen:

IPES (Arnoldo Noriega)

Das zu Ende gehende Jahr verging atemberaubend schnell und war geprägt von einer Reihe unterschiedlicher und komplexer Geschehnisse, die nicht unmittelbar zusammenhängen. Dies hinterlässt den Eindruck, nicht zu verstehen, wohin sich Guatemala bewegt.

Auffallend ist das Fehlen einer artikulierten parteipolitischen Opposition, die ein Gegengewicht zur Regierungspartei bilden könnte. Diese Rolle wurde vielmehr vom CACIF übernommen, der im Verlaufe des Jahres Annäherungsversuche an verschiedene Sektoren gemacht hat. Doch ist es ihm nie gelungen, die Pläne der FRG wirklich zu durchkreuzen, nicht einmal mit Aktionen wie dem nationalen Streik vom 1. August, zu dem der CACIF aufgerufen hatte. (...)

Die politischen Parteien entfernen sich immer mehr von den nationalen Problemen, einige scheinen gar unter Geistesabwesenheit zu leiden wenn es um den zunehmenden Zerfall des Landes geht. Viele Parteien schweigen, wenn es um die nationale Realität geht, und widmen sich dafür mit Inbrunst ihren Kandidaturen für die nächsten Wahlen. (...)

Auffallend war in diesem Jahr auch der wirtschaftliche Zerfall. Dafür gibt es externe Gründe wie den Anstieg des Benzinpreises, den Fall des Kaffeepreises und die allgemeine Rezession in den Vereinigten Staaten und Zentralamerika. Es gibt aber auch interne Gründe wie die immer noch nicht vollzogene Steuerreform, den Mangel an Investition, die Unsicherheit, die politische Polarisierung und das Fehlen einer Regierungspolitik, die eine Stärkung der Wirtschaft zur Folge hätte.

(...) Das beschriebene Panorama weckt keinen Optimismus. Im Gegenteil, es deutet alles darauf hin, dass das Jahr 2002 noch schlimmer wird. Gelingt es aber der guatemaltekischen Gesellschaft, ihrer Organisationen und ExponentInnen, ein gemeinsames stra-

tegisches Ziel ins Auge zu fassen, kann diese Krise auch eine Chance sein, um die Situation noch einmal zu überdenken und nationale Alternativen zu entwickeln, um das Land aus dem Schlamm zu ziehen, in dem es steckt. Ein Gleichgewicht zu finden zwischen den Friedensabkommen, einer politischen Reform, dem Kampf gegen die Armut und ihren Ursachen und einem neuen Wirtschaftsmodell, ist nicht nur ein Imperativ, sondern die einzige Möglichkeit, das Land zu retten.

CERIGUA (Ileana Alamilla)

Die Bilanz dieses Jahres verzeichnet für die Guatemaltekinnen einen negativen Saldo. Steigende Lebenshaltungskosten, Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, Trockenheit und der Rückgang der Geldsendungen aus dem Ausland sind einige Themen, die der Bevölkerung dieses Jahr zu schaffen machten. Die Meldungen über die Korruption auf Staatsebene und über die wachsende Hungersnot haben am eindrucklichsten gezeigt, dass gute Nachrichten noch in weiter Ferne liegen für unser Land, das immer noch unter dem Trauma der Repression, des Krieges und des Völkermordes leidet. (...)

Die Korruption ist eine klare Folge der mangelnden Transparenz in der Geschäftsführung des Staates, die zu einer ineffizienten Verteilung der Gelder führte. Dies ist ein Vorwurf, den fast alle staatlichen Einrichtungen zu hören bekamen. Und obwohl sogar der staatliche Rechnungsprüfer Unregelmäßigkeiten feststellen konnte, unternahm die Regierung nichts dagegen. (...)

Banken in den Konkurs treiben, Betrug und Unterschlagung öffentlicher Gelder, der Kauf von Luxusautos auf Staatskosten und vieles andere, das normalerweise als Delikt geahndet wird, sind die Haupttätigkeiten vieler staatlicher Funktionäre. All dies führt dazu, dass es keine Gelder gibt für Entwicklungsprojekte, für Erziehung und Gesundheit. (...) Die Armut zu überwinden, in der ein grosser Teil der guatemaltekischen Bevölkerung lebt, wird die grösste Herausforderung für die Zukunft sein. (...) Diese Aussicht beunruhigt auch die internationale Gemeinschaft, die anfänglich so glücklich war über die Regierung Portillo. (...) Und trotzdem, die guatemaltekische Gesellschaft behält die Hoffnung, die FRG-Katastrophe zu überleben und eines Tages die ersehnte neue Nation zu erbauen, von

der in den Friedensabkommen die Rede war.

URNG (Rodrigo Asturias)

Die aktuelle wirtschaftliche, politische und soziale Krise ist eine Konsequenz der Nichteinhaltung und Nichtumsetzung der Friedensabkommen. Verantwortlich dafür sind die Regierungen PAN und FRG, die eine neoliberale Politik angestrebt haben, die Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger für einen Grossteil der Guatemaltekinnen bedeutet. Diese Krise hat sich im letzten Jahr verschärft durch zunehmende Intoleranz und Autorität der Regierung. Auf der Seite der Bevölkerung führte das zu Frustration und Enttäuschung und zu Reaktionen, die ebenfalls den Friedensprozess gefährden (...)

Der Friedensprozess befindet sich in einer schwierigen, komplexen und gefährlichen Situation. Es sind Dynamiken in Gang gekommen, die den Friedensprozess rückgängig machen könnten, z.B. die jüngste Remilitarisierung des Staates und der Gesellschaft. Die Ernennung eines Militärs zum Innenminister ist eine klare Verletzung der Friedensabkommen. (...) Ebenfalls eine Verschlechterung ist bei den Menschenrechten zu verzeichnen. Die selektiven Drohungen, die Behinderung von Prozessführungen und die Parallelstrukturen sind alles Verletzungen der Menschenrechte. (...)

Der Ende 2000 neu aufgestellte Zeitplan für die Umsetzung der Friedensabkommen, der die Jahre 2001-2004 umfasst, ist dieses Jahr nicht eingehalten worden. (...) Wir möchten einmal mehr festhalten, dass die Friedensabkommen das nationale Programm sein müssen, um der gegenwärtigen Krise etwas entgegenzusetzen. Die Friedensabkommen enthalten die Basis für den Aufbau einer neuen Nation, die auch im internationalen Kontext bestehen kann. Die Friedensabkommen sind der einzige Weg, um sicheren Schrittes Richtung Demokratisierung, sozioökonomischer Entwicklung, gleichberechtigter Beziehung zwischen den Geschlechtern und den Ethnien zu gehen. (...)

Dies kann aber nur erreicht werden, wenn sich die Regierung, die Parteien, die Gerichte, diejenigen, die wirtschaftliche Macht haben, die sozialen Organisationen und die gesamte guatemaltekische Gesellschaft verpflichten, sich für die Umsetzung und Einhaltung der Friedensabkommen einzusetzen.

Politisches Krippenspiel

Guatemala, 11. Dez. Weihnachten ist in Guatemala die Zeit der *Posadas*, der religiösen Umzüge, an denen meist eine Heilige oder ein Heiliger geehrt oder ein Bild aus der Bibel dargestellt werden.

Verschiedene kirchliche und soziale Organisationen veranstalteten dieses Jahr eine symbolische *Posada*, um damit vor den zuständigen Instanzen ihre Frustration über die unzähligen ungelö-

sten Gerichtsfälle auszudrücken. Mit diesem symbolischen Akt forderten die Organisationen Justiz, Gerechtigkeit und Wiederversöhnung.

Laut Enrique Recinos, Vertreter der *Bewegung Monseñor Gerardi*, stellte diese spezielle *Posada* die heilige Nacht dar, in der Maria und Josef eine Unterkunft suchten. Die beiden wurden dargestellt mit Photographien von Myrna Mack und Erzbischof Gerardi, stellver-

tretend für alle GuatemalteKInnen, die Unrecht erleiden, weil die Gesetze falsch oder gar nicht angewendet werden.

Der Umzug führte am Obersten Gerichtshof (CSJ) und am Verfassungsgericht vorbei, wo im Namen der Gerechtigkeit und der Versöhnung um Aufnahme gebeten wurde. Vor dem Kongress, wurde ebenfalls Station gemacht und es wurde bildhaft die Krise dargestellt, die im Justizwesen herrscht.

Hungerstreik vor dem Präsidentschaftspalast

Guatemala, 16. Dez. Seit dem 28. November führen sieben ehemalige Angestellte des Unternehmens *Diseños y Monatajes Electromecánicos S.A.*, auch bekannt als *La Carbonera* vor dem Präsidentschaftspalast einen Hungerstreik durch. Sie fordern damit ihre Wiedereinstellung und die Nachzahlung ausgefallener Lohnzahlungen. *La Carbonera* ist in US-amerikanisch-salvadorianischem Besitz.

Das Problem begann vor drei Jahren, als 71 Angestellte des Unternehmens ungerechter- und illegalerweise entlassen wurden. Der Hungerstreik wurde als letzter Ausweg ergriffen, nach-

dem alle juristischen Mittel ausgeschöpft waren. Zwar bekamen die entlassenen Angestellten vor dem Verfassungsgericht Recht, doch hat das Unternehmen in keiner Weise darauf reagiert. Nun soll Druck auf die Regierung ausgeübt werden, damit sie in diesem Arbeitsstreit interveniert.

Einer der Hungerstreikenden, Jorge Antonio Linares, gab bekannt, er sei bereit, bis zum Letzten zu gehen, d.h., sein Leben für diesen Kampf zu opfern. Seit sie entlassen worden seien, fänden sie keine Arbeit mehr, da der Besitzer der *Carbonera* einen Brief an die Unternehmen der Region verschickt hat mit den

Namen der 71 Entlassenen. Er beschuldigt sie, die anderen Angestellten zur gewerkschaftlichen Organisation zu motivieren.

Der Gesundheitszustand der Hungerstreikenden ist kritisch, einige mussten notfallmässig medizinisch behandelt werden. Weder die Regierung noch das Unternehmen haben bisher auf die Aktion reagiert. Am 14. Dezember haben sich Hunderte von BäuerInnen und Mitglieder von Volks- und Gewerkschaftsorganisationen in der Nähe von Palín, Escuintla, mit einer Strassensperre mit den Hungerstreikenden solidarisiert.

Dreht Portillo den Rücken...

Guatemala, 22. Dez. ...nutzt Vizepräsident Francisco Reyes López die Gelegenheit, eigenmächtig umstrittene Entschiede zu treffen. So auch letzte Woche, als Portillo urlaubshalber in Mexiko weilte:

Trotz Protesten breiter Kreise segnete Reyes López das Gesetz über die obligatorische Zugehörigkeit zu einer Berufskammer für JournalistInnen ab. Das Gesetz war bereits vom Kongress verabschiedet worden, die einzige Person, die ihr Veto hätte einlegen können, war der Präsident, bzw. der Vizepräsident. (siehe ¡Fijáte! 250) Angesprochen auf den Protest nationaler und internationaler JournalistInnenverbände gegen das Gesetz, meinte Reyes López, er hätte mit niemandem gesprochen, der oder die sich gegen das Gesetz aussprach.

Im selben Zug unterzeichnete Reyes López ein Regierungsdekret über eine Gehaltserhöhung für das kommende Jahr: Ab Januar beträgt der Mindestlohn für Arbeitende im Landwirtschaftssektor 27.50 Q (aktuell 25.08 Q) und für die Industrie 30 Q (statt 27.60 Q).

Der Vizepräsident begründete die Gehaltserhöhung von 8% bzw. 9% mit

der Inflation, die dieses Jahr 5.1% betragen hat. Er sei sich bewusst, dass das Land in einer Krise stecke, doch müssten auch die Bedürfnisse der ArbeiterInnen gedeckt werden.

GewerkschaftsvertreterInnen bezeichneten die Gehaltserhöhung als lächerlich. Sie fordern eine 90%-ige Erhöhung, die Unternehmer hätten die Preise bereits um soviel erhöht. Seitens der Gewerkschaften und der BäuerInnenorganisationen wurde mit Streiks und Besetzungen gedroht.

Für die Unternehmensseite kommt die Gehaltserhöhung zur falschen Zeit. Die Wirtschaft stecke tief in der Krise und die Konsequenz werde die Schliessung von Unternehmen und die Entlassung von ArbeiterInnen sein, meinte der CACIF-Präsident Felipe Bosch. Er bedauerte weiter, dass der 'historische Kompromiss', den ArbeitnehmerInnen, ArbeitgeberInnen und der Arbeitsminister im September getroffen haben, bereits wieder unterwandert würde. Damals sei abgemacht worden, jährlich zwei Gehaltserhöhungen zu machen, (eine im Januar und die andere nach der Ernte) die aber je nicht mehr als 5% betragen.

Liebe Leserin, lieber Leser

Mit dieser Ausgabe erhält Ihr die Jahresrechnung 2002 mit der Bitte um baldige Begleichung. Der Abopreis beträgt für eine Papierausgabe Fr. 100.- und für eine E-Mail-Ausgabe Fr. 85.-. Wie immer gibt es die Möglichkeit, den ¡Fijáte! mit einem Solidaritätsabo zum Preis von Fr. 200.- zu unterstützen.

Ich werde im Januar wieder für ein paar Wochen nach Zentralamerika reisen. Ihr bekommt den nächsten ¡Fijáte! am 9. Januar und dann wieder am 13. Februar, d.h., es wird eine Nummer ausfallen. Vielen Dank für Euer Verständnis.

Herzlichen Dank allen Personen, die in diesem Jahr zur Herausgabe des ¡Fijáte! beigetragen haben. Vielen Dank auch an Euch, liebe Leserinnen, liebe Leser, ich hoffe, Ihr bleibt dem ¡Fijáte! auch nächstes Jahr treu!

Feliz año nuevo!

Barbara Müller